

Wundertüte der Innovationspolitik

Offiziell startet heute die Ende Juli konzipierte Hightech-Agenda Deutschland mit einer Festveranstaltung. Operationalisiert wurde seit dem Sommer wenig und auch die Industrieverbände mahnen mehr konkrete Ziele an. Wird sich das Kompetenzgerangel zwischen Ministerien fortsetzen?

Manfred Ronzheimer

Mit der heute offiziell gestarteten Hightech-Agenda Deutschland hat das federführende Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) ein Zeitproblem. Gelang die ministeriumsinterne Formulierung des Innovationskonzepts vor dem Sommer binnen weniger Wochen, hat sich seit dem Kabinettsbeschluss am 30. Juli das Tempo merklich verlangsamt. Fast drei Monate dauerte es, eine Eröffnungsveranstaltung mit dem Bundeskanzler zu konzipieren und ein Arbeitsprogramm vorzubereiten.

Grund für die Verzögerung waren die Abstimmungsprobleme zwischen den Ministerien für Forschung und Wirtschaft über die Zuständigkeiten im Innovations- und Transferbereich. Auch wenn die Streitigkeiten inzwischen formell weitgehend beigelegt sind: Bundeswirtschaftsministerin Reiche ist beim heutigen Termin nicht dabei, obwohl ihr Haus mehr mit der Umsetzung der Agenda zu tun hat als das Kanzleramt.

Ziel der Hightech-Agenda ist es, die Aktivitäten der einzelnen Bundesministerien in Forschung und Entwicklung, Gründerförderung sowie innovativen Technik-Anwendungen in Mittelstand und Großindustrie so auszurichten, dass ein volkswirtschaftlicher Wachstumsschub entsteht. Die Konzentration auf sechs Schlüsseltechnologien mit ausdrücklicher Wirtschaftsorientierung sowie auf fünf weitere Forschungsschwerpunkte unterscheidet die neue Innovations-Agenda auch von ihren Vorläufern in der Ampel-Koalition und den Merkel-Kabinetten. Dort orientierte man sich stärker an gesellschaftlichen „Missionen“, zum Beispiel Maßnahmen gegen den Klimawandel. Die technologische Tagesordnung 2025: Künstliche Intelligenz, Quantentechnologien, Mikroelektronik, Biotechnologie, Fusion und klimaneutrale Energieerzeugung sowie Technologien für klimaneutrale Mobilität.

Bei der heutigen Eröffnungsveranstaltung im Gasometer auf dem Berliner Euref-Campus, wo auch schon der schwarz-rote Koalitionsvertrag unterzeichnet worden war, wird auch Bundeskanzler Friedrich Merz sprechen. Außerdem soll EU-Kommissarin für Start-ups, Forschung und Innovation Ekaterina Zachariowa die europäische Perspektive für eine erfolgreiche Innovations- und Technologiepolitik beleuchten. Weitere Gäste sind Acatech-Präsidentin Claudia Eckert, der Qant-Gründer Michael Förtsch, Ex-Bahn-Vorständin Sabina Jeschke und Rafael Laguna de la Vera von der Bundesagentur für Sprunginnovationen (Sprind). Das Bühnenprogramm der Veranstaltung kann auch im Livestream mitverfolgt werden.

Kann das BMFTR Raumfahrt?

Zwischen den Festreden gibt es eine Menge zu besprechen – neben der organisatorischen Feinsteuerung geht es auch um die großen industriepolitischen Räder, die gedreht werden müssen. Besitzt das BMFTR die fachlichen Kompetenzen zur Steuerung der deutschen Raumfahrtindustrie? Das war noch nie ein Thema im Bundesforschungsministerium. Das Thema „Dual Use“ in den Hochschulen wiederum, äußerst relevant für die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit, kommt nicht vom Fleck.

Das Wirtschaftsministerium, das bei den Diskussionen im Rahmen der Breakout-Sessions auf Abteilungsleiter-Ebene vertreten ist, antwortete auf eine Anfrage von Tagesspiegel Background, dass die Zuständigkeit für die Raumfahrt einschließlich des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) gemäß Organisationserlass der Bundesregierung vom 6. Mai 2025 auf das BMFTR übertragen worden sei. „Das BMW spiegelt das BMFTR zu den wirtschaftspolitischen Fragen der Raumfahrtpolitik und bringt sich darüber hinaus zu den Aspekten der Raumfahrt ein, die für den Wirtschaftsstandort Deutschland bedeutsam sind“, erklärte ein BMW-Sprecher. Dies betreffe auch Fragen der Ansiedlungspolitik neuer Raumfahrtunternehmen, wie zum Beispiel im Fall der kürzlichen Ansiedlung des Unternehmens Planet Labs.

Warten auf die Operationalisierung

Nach Aussage des Forschungsministeriums wurden mit dem Aktionsplan Fusion und der Mikroelektronik-Strategie bereits „zentrale erste Schritte zur Umsetzung dieser Agenda eingeleitet“. Allerdings starteten die beiden Programme bereits unter der Vorgänger-Regierung – sie können als forschungspolitischer „Beifang“ gelten. Was die konkrete Implementierung der Agenda angeht, hält sich das Ministerium bedeckt. Zwar wurden in der Juli-Version teilweise große Ziele verkündet, wie zum Beispiel, mit „einer KI-Offensive bis 2030 zehn Prozent unserer Wirtschaftsleistung KI-basiert zu

erwirtschaften“. Auch andere „Flaggschiff-Initiativen“ werden in den Raum gestellt, die mit insgesamt 18 Milliarden Euro bis 2029 finanziert werden sollen. Aber wie dies alles operationalisiert werden soll, ist immer noch unklar.

Im Zentrum der jetzigen Phase sollen die Roadmaps für die einzelnen Technologien stehen, an denen vor allem auch die fachlichen Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft beteiligt werden sollen. Passiert ist das bislang allerdings noch nicht. In der Innovationsszene herrscht bis heute Rätselraten, welche „Wundertüte“ heute geöffnet werden soll. Auch dem Tagesspiegel Background wurden keine Details verraten. „Da mit der Veranstaltung die gemeinsame Umsetzung startet, bitten wir Sie um Verständnis, dass der Veranstaltung hier nicht vorgegriffen werden kann“, erklärte eine Sprecherin auf Anfragen.

Erste Skepsis bei Industrieverbänden

So sammeln sich derzeit die einzelnen Stellungnahmen vor allem von Wirtschaftsverbänden, die Plus und Minus der Hightech-Agenda öffentlich zur Sprache bringen. Der Elektrotechnik-Verband VDE zieht in seinem am Montag veröffentlichten Positionspapier zur Quantentechnologie die Kompetenz der Ministerien teilweise in Zweifel. Danach hielten die Aussagen der Hightech-Agenda „einem Faktencheck nicht immer stand“, heißt es in der Stellungnahme. „BMBF und BMWK agieren mit Stärken und Schwächen, aber bisher oft parallel und ohne Verbindung zueinander. Oft wollen beide das Gleiche tun und stehen in Konkurrenz zueinander“, hat der VDE festgestellt: etwa beim BMWK-Vernetzungsprojekt PlanQK aus dem Jahre 2022. Ein Jahr später folgte das BMBF mit dem Projekt QuCUN „Das Quantum Computing User Network in Deutschland“.

Die Ideen der Referate der Ministerien und ihre Projektträger seien „gut formuliert, aber im internationalen Vergleich oft verspätet“, bilanziert der VDE. Zudem verfolgten Ressorts und Projektträger „teilweise zu intensiv eigene Interessen und nutzen den Ressortkreis eher zur Information als zur Entwicklung und Abstimmung eines gemeinsamen Entwicklungsplans“. Diese Kooperationsverweigerung war auch beim Agenda-Vorgänger „Zukunftsstrategie“ zum zentralen Problem geworden.

Ähnlich skeptisch äußert sich der Verband der Chemischen Industrie: Die Problemanalyse der Hightech-Agenda sei aus VCI-Sicht „grundsätzlich richtig“, heißt es in der Stellungnahme. Es fehle nur „eine strategische Fokussierung auf die Bereiche, in denen Deutschland tatsächlich in der Lage wäre, globale Alleinstellungsmerkmale zu

entwickeln“. Und an anderer Stelle heißt es: „Die vorgeschlagenen Maßnahmen lassen nicht immer erkennen, wie die beschriebenen Probleme konkret adressiert werden“. Innovationspolitisch wichtig wäre es, so der VCI, die staatlichen Fördermaßnahmen so zu gestalten, „dass Ökosysteme bis zur Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden“, wie das Beispiel der Batteriezellfabrikation gezeigt habe. Nur wurde vom BMFTR der Ökosystem-Ansatz der Innovationsagentur Dati verworfen. Wie es mit dem Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft weiter geht, ist derzeit völlig unklar.

„Priorisierung statt Gießkanne, Roadmaps statt Innovationslyrik, Tempo statt Bürokratismus – die Richtung stimmt bei der neuen Hightech-Agenda, zumindest auf dem Papier“, findet der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Maschinenbau-Verbandes VDMA, Hartmut Rauen. Jetzt komme es darauf an, „dass die Schere zwischen Wort und Tat nicht wieder im interministeriellen Kleinklein auseinandergeht“. Er bemängelt, dass ausgerechnet bei der industriellen Gemeinschaftsforschung die geplante Mittelausstattung im Bundeshaushalt weit hinter dem Notwendigen zurückbleibe, was im parlamentarischen Haushaltsverfahren dringend korrigiert werden müsse.

Richtung stimmt, Aufbau noch immer nicht klar

Im Bereich der Künstlichen Intelligenz erkennt der Branchenverband Bitkom zwar wichtige Spitzenforschung und Rechner-Infrastruktur. „Was bislang weitgehend fehle, seien Maßnahmen zur Talentförderung, eine koordinierte KI-Anwendungsstrategie in der Verwaltung und vereinfachte Zugänge für Startups“, ergänzt Bitkom-Präsident Ralf Wintergerst.

Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) betont in einem aktuellen Positionspapier, dass es nun auf die Umsetzung ankomme. Es brauche „klar definierte Ziele, Verantwortlichkeiten und Erfolgskontrollen“. Gleichzeitig sehe die deutsche Industrie weiterhin erheblichen Handlungsbedarf „bei der konkreten Ausgestaltung“. Der strategische Aufbau souveräner KI-Infrastrukturen und vertrauenswürdiger Datenräume muss aus Sicht des BDI industriepolitisch priorisiert werden. Zudem seien Transferstrukturen auszubauen, Weiterbildungsangebote zu stärken und die Zusammenarbeit zwischen Mensch und KI gezielt zu fördern.

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft unterstreicht in einem gestern publizierten Policy Paper die Notwendigkeit, die Bundesländer in den nationalen Innovationsprozess einzubeziehen. „Bund und Länder sollten Schlüsseltechnologien

gemeinsam steuern, etwa mit je zwei federführenden Ländern pro Thema und ressortübergreifender Zusammenarbeit“, schlägt der Stifterverband vor.

Klar scheint, dass Bayern eine bedeutende Rolle spielen wird. Nicht nur, weil die dortige Landes-Hightech-Agenda als Blaupause für das Bundeskonzept diene.